

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

November 2023

«We stand
with Israel»



EDU IM AUFWIND

Die EDU legt schweizweit zu und gewinnt einen Nationalratssitz im Kanton Zürich.
Seiten 4 & 5

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL

Aktuelle Einschätzungen zur Lage im Heiligen Land.

Seiten 8 & 9

KANTON ZÜRICH

Dankbarkeit und Freude
EDU Zürich nach 20 Jahren wieder im Nationalrat

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Die Schweiz ist nicht in der Lage, ihre Stromversorgung jederzeit sicherzustellen. Wir steuern direkt auf eine Strommangellage zu. Es droht der Blackout. Ohne Strom stehen Gesellschaft und Wirtschaft still.

Ablauf der Sammelfrist: 01.03.2024

➔ Weitere Infos: www.blackout-stoppen.ch

«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: www.neutralitaet-ja.ch

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

Einladung zur öffentlichen Wahlfeier der EDU Schweiz

Gemeinsam mit allen Mitgliedern und Sympathisanten der EDU möchten wir Gott für die Ergebnisse der Nationalratswahlen danken und schöne Stunden in der Gemeinschaft verbringen. Wir laden alle herzlich ein zur öffentlichen Wahlfeier der EDU Schweiz – wir freuen uns auf eine rege Teilnahme!

Samstag, 4. November 2023

Ab 13.30 Uhr

**Restaurant & Hotel guter Hirte, Marktgasse 5,
4950 Huttwil (www.guter-hirte.ch)**

Geschäftsleitung der EDU Schweiz



Wort des Monats

«ALS RECHTS GILT HEUTE, WER EINER GEREGLTEN ARBEIT NACHGEHT, SEINE KINDER PÜNKTLICH ZUR SCHULE SCHICKT UND DER ANSICHT IST, DASS SICH DER UNTERSCHIED VON MANN UND FRAU MIT BLOSSEM AUGE ERKENNEN LÄSST.»

Konrad Adam (*1942), deutscher Journalist, Publizist (Frankfurter Allgemeine Zeitung, «Die Welt») und ehemaliger Politiker der AfD.

Gute alte Zeit

Liebe Leserinnen und Leser



Sehnen Sie sich manchmal auch nach der «guten alten Zeit»? Nach einer Zeit, in der Selbstverständliches noch selbstverständlich war, in der man sich um die Sicherheit der Altersrente nicht Sorgen zu machen brauchte und in der man seine Meinung frei sagen durfte, ohne gleich als Rassist oder Verschwörungstheoretiker verdächtigt zu werden?

Aber wie gut war die «gute alte Zeit» wirklich? Wenn ich Standpunkt-Ausgaben von früher aufschlage, sind auch dort die Seiten gefüllt mit Bedenklichem, Grenzwertigem, mit der Beschreibung von Missständen und mit Warnungen vor ungunstigen Entwicklungen.

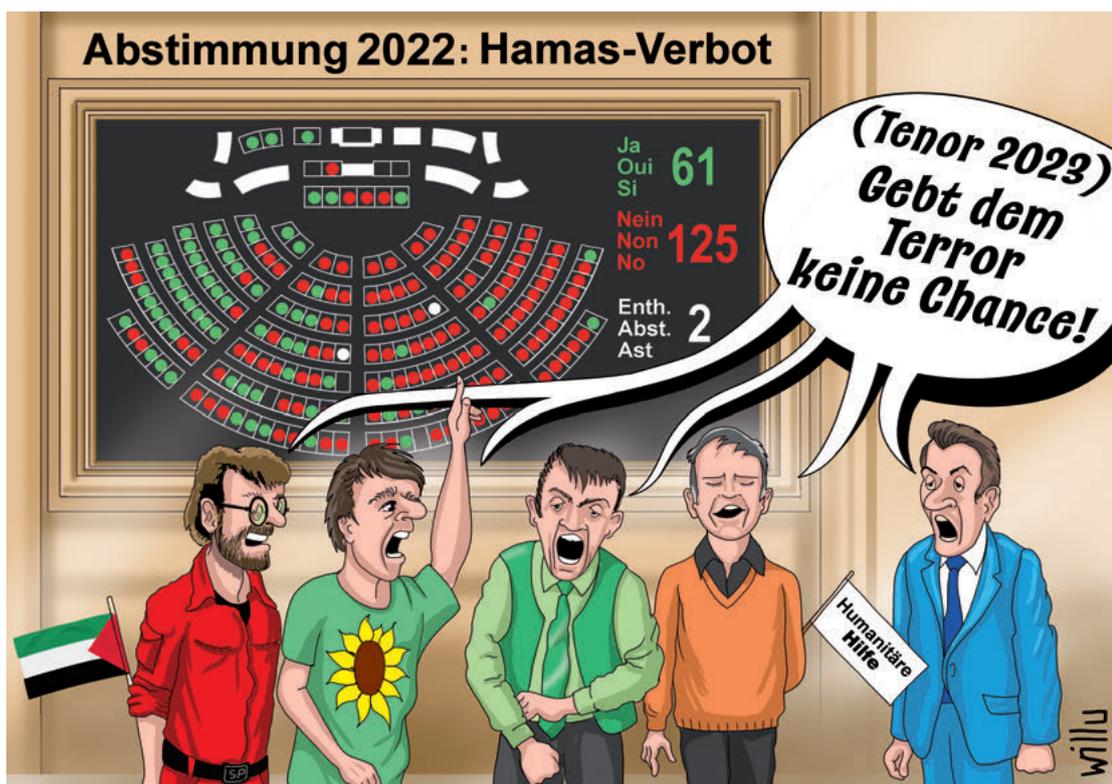
Gewiss gibt es bessere und schlechtere Zeiten. Friedenszeiten sind besser als Krieg, ein sicheres Einkommen ist besser als bittere Armut, Gesundheit besser als Krankheit. Wir dürfen um dieses Bessere bitten (für uns und für andere, aktuell besonders für Israel und die Ukraine), so dass wir «ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit. Dies ist gut und angenehm vor unserem Retter-Gott, welcher will, dass alle Menschen gerettet werden und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen» (1Tim 2,2-4). Gibt es sie in diesem Sinne vielleicht doch, die «gute (alte) Zeit»?

Paulus mahnte die Gemeinden: «Kauft die Zeit aus, denn es ist böse Zeit» (Eph 5,16). Wir leben in dem Zeitabschnitt der Heilsgeschichte, wo Gott noch nicht sichtbar regiert und das Böse uns allen zu schaffen macht. Diese schwierige Zeit dient dazu, dass möglichst viele Menschen noch ihr Leben Gott anvertrauen und dadurch in eine helle Zukunft blicken können: Das Beste kommt erst!

Selbst wenn sich die Wolken rings um uns verdunkeln, wissen wir, dass Gott die Kontrolle nicht verliert, weder im grossen Weltgeschehen noch in unserem Leben. Und so dürfen wir, die wir Gott kennen, mutig in den Kämpfen des gegenwärtigen Lebens stehen und getrost vorausblicken. Wir dürfen uns freuen auf die «gute neue Zeit»!

Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Monats-Karikatur: «Fahnen im Wind»



Wir sind im Aufwind: EDU gewinnt zweiten Nationalratssitz

Die EDU darf demütig auf die Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 zurückblicken. Die EDU befindet sich eindeutig im Aufwind, im ganzen Land konnte sie ihre Wähleranteile spürbar steigern. Im Kanton Bern gelang es, den Nationalratssitz von Andreas Gafner mit starken Stimmenzuwächsen zu verteidigen – und im Kanton Zürich schaffte es die EDU, mit Erich Vontobel ein zusätzliches Nationalratsmandat erringen.

Redaktion «Standpunkt»

Spitzenresultat für Andy Gafner

Geschäftsleitung und «Standpunkt»-Redaktion gratulieren dem Berner Nationalrat Andreas Gafner herzlich zur glanzvollen Wiederwahl! Andy Gafner konnte sein persönliches Ergebnis gegenüber 2019 auf 31'176 Stimmen mehr als verdoppeln. Es ist das beste persönliche Wahlergebnis in der 48-jährigen Geschichte der EDU Schweiz, das je ein EDU-Kandidat erzielen konnte. Das starke Wahlresultat ist eine Bestätigung für die solide Arbeit, die Andy Gafner in den vergangenen vier Jahren im Bundeshaus geleistet hat – nicht als «Mann der schrillen Töne», aber als bodenständiger, solider Schaffer, der die Werte der EDU als glaubwürdiger Botschafter optimal verkörpert. Von seiner guten Verankerung zeugen auch die vielen Panaschierstimmen von Wählern anderer Parteien, die sein Spitzenresultat erst ermöglicht haben.



Mit einem Spitzenresultat vom Volk bestätigt:
EDU-Nationalrat Andreas Gafner

Erich Vontobel neuer Zürcher EDU-Nationalrat

Herzlich gratulieren wir auch dem neu gewählten Zürcher Nationalrat Erich Vontobel. Der langjährige Kantonsrat aus Bubikon ZH erhielt auf der EDU-Hauptliste im Kanton Zürich am meisten Stimmen. Der 64-jährige Erich Vontobel ist ein EDU-Pionier früherer Stunden. Seit vielen Jahren exponiert er sich auf Gemeinde-, Bezirks- und Kantonebene für mehr christliche Werte in der Politik. Erich ist ein leidenschaftlicher Wahlkämpfer, dem die EDU Kanton Zürich viel zu verdanken hat. Sein jahrelanges Wirken wurde nun vom Volk gewürdigt.



Erich Vontobel (hier mit seiner Nichte Sara am «Marsch fürs Läbe» 2023)

Die EDU Schweiz wünscht den beiden Nationalräten viel Demut, Weisheit und Gottes Segen für die Ausübung ihrer verantwortungsvollen Ämter. Mögen unsere Volksvertreter durch unsere Gebete und unsere Rückendeckung gestärkt werden.

Grosse EDU-Gewinne im Kanton Bern

Ein bemerkenswertes Ergebnis durfte die EDU im Kanton Bern mit einem Wähleranteil von 3,93 % (+1,48 %) erzielen. Der breiten Berner Listenverbindung zwischen der EDU und weiteren kleinen Parteien fehlten letztlich etwa 1,4 %, die für die Sensation eines zweiten Nationalratsmandats im Kanton Bern nötig gewesen wären. Im Kanton Zürich konnte die EDU ihren Wähleranteil stabil halten und von einer breiten Listenverbindung mit Aufrecht, Massvoll! und SD profitieren. Die Listenverbindung im Kanton Zürich hat zusammen 3,34 % Wähleranteil gewonnen. Für einen Sitzgewinn waren 2,7 % nötig.

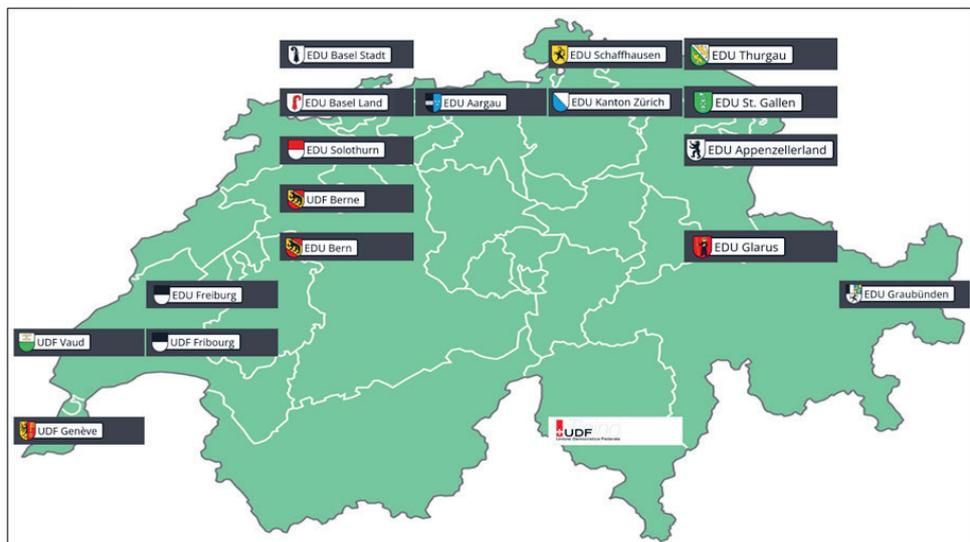
So haben sich die EDU-Wähleranteile in den Kantonen bei den Nationalratswahlen von 2019 gegenüber 2023 entwickelt:

Kanton	Wähleranteil 2023	Differenz 2019-2023	Wähleranteil 2019
Aargau	0,99 %	-0,01 %	1,00 %
Basel-Land	0,52 %	+0,52 %	Nicht angetreten
Basel-Stadt	0,42 %	+0,14 %	0,28 %
Bern	3,93 %	+1,48 %	2,45 %
Freiburg	1,11 %	+0,38 %	0,73 %
Genf	0,4 %*	+0,3 %	0,1 %
Graubünden	1,2 %	+1,2 %	Nicht angetreten
Neuchâtel	0,66 %	+0,66 %	Nicht angetreten
Schaffhausen	1,72 %	-1,65 %	3,37 %
St. Gallen	1,15 %	+0,22 %	0,93 %
Thurgau	2,8 %	-0,05 %	2,85 %
Waadt	0,61 %	+0,28 %	0,33 %
Zürich	1,49 %	-0,12 %	1,61 %
Gesamte Schweiz	1,18 %	+0,18 %	1,00 %

* Kanton Genf: 2023 gemeinsame Liste mit der EVP («Alliance Chrétienne Pour Genève»)

Der Überblick über die Kantone zeigt: Die EDU darf auf äusserst erfolgreiche Nationalratswahlen zurückblicken. Gegenüber den Wahlen 2019 konnte die EDU ihren Wähleranteil am 22. Oktober 2023 schweizweit um 18 % steigern. Das heisst konkret: Zu jedem fünften bisherigen EDU-Wähler kam dieses Jahr ein neuer hinzu! Die EDU ist 2023 in 13 Kantonen mit eigenen Listen angetreten. Im Kanton Tessin kandidierte zudem Roberto Pellegrini (Gemeinderat von Mendrisio) als Vertreter der EDU auf der Hauptliste der SVP. Mit 10'479 Stimmen belegte er Rang 6 von total 8 Kandidaturen – ein respektables Resultat. Auch wenn man klar festhalten kann, dass sich die Politik der EDU im Aufwind befindet: Es besteht noch viel Potenzial für unsere Partei. Oder wie unser Parteigründer Werner Scherrer einst gesagt hat: «Die Zeit der EDU wird noch kommen.»

Kantone mit bestehenden EDU-Kantonalsektionen



«Weisse Flecken erobern»

Insbesondere bestehen noch einige «weisse Flecken» auf der Schweizer Karte, in denen die EDU noch nicht mit eigenen Sektionen vertreten ist. Dazu gehört die ganze Zentralschweiz, in der die EDU aufgrund der verbreiteten wertebewussten und christlich geprägten Grundhaltung auf einen guten Nährboden stossen könnte. So mögen die kommenden Jahre ganz im Zeichen des Aufbaus stehen, um bei den Gesamterneuerungswahlen 2027 weitere Sitzgewinne anstreben zu können.

Die EDU Schweiz dankt allen Parteivorständen, Wahlkampf-Teams und allen Kandidatinnen und Kandidaten aus 14 Kantonen, die sich mit Herzblut und viel Einsatz an diesen Nationalratswahlen beteiligt haben. Wir nehmen den Erfolg mit grosser Demut entgegen und sehen die Wahlergebnisse als gute Basis, um weiter mit einer enkeltauglichen, Christus-zentrierten, wertebewussten Politik zu wachsen.

Neue Initiative für die Stärkung des Bargelds

Die Schweiz wird das erste Land der Welt sein, welches ein Recht auf Banknoten und Münzen in die Verfassung schreibt. Noch gibt es aber Hürden zu überwinden, die das Verschwinden und somit die Abschaffung des Bargeldes verhindern.

Richard Koller, Präsident Freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS)

Am 15. Februar 2023 wurde ein historischer Schritt für den Erhalt des Bargelds getan: Die Freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS), hat mit Unterstützung der EDU und engagierten Menschen in Bern der Bundeskanzlei 136'767 gültige, beglaubigte Unterschriften für die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» übergeben. Das Schweizer Volk hat es nun selbst in der Hand, als erster Staat weltweit das Bargeld in der Verfassung zu verankern und ihm gesetzlichen Schutz zu geben.

Der Bundesrat hat bereits beschlossen, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag zu unterbreiten. Er schreibt im Gegenentwurf; der Bundesrat sei bereit, dieses Anliegen von Gesetzes- auf Verfassungsstufe zu heben, um dessen Bedeutung zu unterstreichen. Dies ist ein erster Grundschutz für das Bargeld. So heisst es: «Der Bund stellt sicher, dass Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen.» Diese Formulierung wird nicht ausreichen, um das Bargeld langfristig zu schützen. Die Bargeldabschaffung wird, gestützt durch den Bund, von der Wirtschaft vorangetrieben. Medien-Meldungen zufolge schaffen die BLS den Ticketbezug mit Bargeld teilweise schon per 2025 ab, die Fahrkarten bei Postautos können ab 2035 nicht mehr bar bezahlt werden, einige Volksfeste

können von Menschen ohne Kreditkarte nicht mehr besucht werden, viele Geschäfte und öffentliche Verwaltungen verbieten oder verhindern die Barzahlung und Bankomaten werden abgebaut. Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung beschreibt zwar ein Diskriminierungsverbot unter anderem aufgrund von Alter und Behinderung, aber das scheint den Gesetzgeber nicht davon abzuhalten, die Bargeldannahmeverweigerung zu gewähren.

Die Bargeldabschaffung wird auch in der EU mächtig vorangetrieben. Am 28. Juni 2023 hat die Europäische Kommission einen Gesetzesentwurf herausgebracht, der mit 61 Seiten fast das dreifache Volumen der Bargeldverordnung besitzt. Der Vorschlag beinhaltet einen detailliert ausgearbeiteten Text mit 42 Artikeln zur Einführung des digitalen Euros (E-Euro), welcher in Zukunft das Bargeld abbilden, resp. ablösen soll.

Das will die FBS für der Schweiz verhindern. Aufbauend auf der ersten Volksinitiative hat die FBS am 21. März 2023 eine zweite Bargeldinitiative mit dem Titel «Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar)» gestartet. Diese Initiative packt das Übel der Bargeldabschaffung an der Wurzel und nimmt die Wirtschaft, den Gesetzgeber, aber auch die Finanzindustrie in die Pflicht. So muss Bargeld an Verkaufspunkten, wo die Bezahlung für Waren oder Dienstleistungen direkt erfolgt, angenommen werden. Es darf nicht schlechter behandelt, durch Gesetze benachteiligt oder elektronisch verfolgt werden. Bargeld muss auch einfach bezogen werden können.

Bargeld ist Freiheit, ist anonym und für alle Menschen einfach zu handhaben. Wenn wir Bargeld und digitales Geld haben, können wir uns frei entscheiden und haben die Möglichkeit, anonym zu kaufen. Wenn das Bargeld einmal nicht mehr benutzt werden darf, müssen wir uns die Frage stellen: Warum soll eine Macht uns nicht kontrollieren und vielleicht auch steuern wollen? Wir wissen es nicht – aber durch den Erhalt des Bargeldes brauchen wir diesbezüglich auch nichts zu befürchten. Bargeld ist Freiheit! ●



Ich zahle bar Initiative

Für die Freiheit

Eidgenössische Volksinitiative

Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können!

FBS
Freiheitliche Bewegung Schweiz

www.fbschweiz.ch

Eine Volksinitiative der Freiheitlichen Bewegung Schweiz FBS

Erfolgreiche EDU-Petitionen für Berg-Karabach und ein Hamas-Verbot

Der Oktober 2023 war für die EDU der «Monat der Petitionen». Es ist uns dabei gelungen, die Bevölkerung für wichtige Anliegen zu mobilisieren und wirksamen politischen Druck zu erzeugen.



Petition «Rettet Berg-Karabach»

Über 100'000 Karabach-Armenier mussten bereits aus ihrer angestammten Heimat flüchten. Durch militärische Aggression, Blockade und eine Politik der ethnischen Säuberung ist das aserbaidschanische Regime drauf und dran, das christlich-armenische Erbe Berg-Karabachs zu zerstören. Das will die EDU nicht tatenlos hinnehmen. Mit der Petition fordert sie:

- Die Schweiz, seit 2022 Mitglied im UNO-Sicherheitsrat, muss endlich Farbe bekennen und darauf hinwirken, dass Aserbaidschan das Selbstbestimmungsrecht der Armenier in Berg-Karabach respektiert. Aserbaidschan muss die Waffen strecken, die Blockade des Ladschin-Korridors beenden und sich aus Berg-Karabach zurückziehen.
- Die Migros, die über ihre Tochter Migrolino Geschäftsbeziehungen zum aserbaidschanischen Ölkonzern SOCAR unterhält, kann sich nicht länger vor ihrer Verantwortung drücken. An ihren Händen klebt «Blutgeld»! Die Migros-Partnerschaft spült der Diktatur Aserbaidschans Milliarden in die Kassen – Gelder, die für Waffen und die Unterdrückung der Armenier verwendet werden.

Am 15. Oktober konnten wir die Petition mit 4'158 Unterschriften abschliessen. Wir haben die Unterschriften dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) von Bundesrat Ignazio Cassis sowie der Medienstelle der Migros Genossenschaften übergeben. Die Migros-Verantwortlichen haben wir um ein persönliches Treffen gebeten, an dem wir «Face to Face» an ihre moralische Verantwortung appellieren möchten. Wir halten Sie über das Echo auf dem Laufenden.

Petition «Terrorismus stoppen – Hamas verbieten»

Welch ein starkes, unüberhörbares Zeichen: Über 10'500 Personen haben in nur 5 Tagen die Petition unterzeichnet, welche den Bundesrat und das Parlament zu sofortigem Handeln aufruft. Mit diesen vielen Unterschriften im Rücken soll es in der Wintersession des Eidgenössischen Parlaments gelingen, mit einem parlamentarischen Vorstoss die Hamas als terroristische Organisation einzustufen und deren Geldflüsse in der Schweiz zu stoppen.

In diesen schweren Stunden müssen wir auch mit Taten an der Seite Israels stehen. Der jüdische Staat braucht gerade jetzt nicht nur schöne Worte, sondern konkrete politische Unterstützung aus der Schweiz! ●

EDU Schweiz



Mitglieder der EDU bekennen Flagge, drücken ihre Solidarität mit Israel aus und fordern ein Verbot der Hamas in der Schweiz.

«Es geht nicht um Grenzverläufe – es geht um blanken Judenhas»

Um wichtigen Einschätzungen zum Krieg gegen Israel ein Forum zu geben, haben wir Auszüge eines bemerkenswerten Radio-Interviews, welches HR1 (Hessischer Rundfunk) mit der Nahost-Expertin Esther Schapira am 13. Oktober 2023 geführt hat, für Sie transkribiert. Es enthält wertvolle Informationen, die leider in grossen Forumsmedien des deutschsprachigen Raums vielfach zu kurz kommen oder gar nicht publiziert werden.

Besteht die Möglichkeit, dass der Terror [der Hamas, Anm. d. Red.], ohne es zu wollen, von uns mitfinanziert wurde?

Es besteht nicht die Möglichkeit – es ist so. Und das ist nachweislich so. Denn wenn man sich einfach anschaut, es sind Gelder geflossen zum Beispiel für Bildung. Das ist schön. Das ist gut. Das ist humanitär. Das klingt wunderbar. Aber was für eine Bildung ist das? Da sind Schulbücher finanziert worden, in denen nichts anderes als blanker Judenhas steht. Sie werden nirgendwo auch nur eine einzige Schrift finden, in der z.B. die Schoa erwähnt wird. Das gibt es nicht. Und insofern, wer zahlt, hat auch eine Mitverantwortung dafür, was mit diesem Geld passiert. Das war eine Erziehung zum Hass, die mitfinanziert worden ist. Und das Ergebnis sehen wir jetzt.

Frau Schapira, was erwarten Sie jetzt von der [deutschen] Bundesregierung? Einmal im Umgang mit den Palästinensern im Gaza-Streifen und auch mit den Sympathisanten hier, die pro-palästinensische Demos organisieren wollen?

Das sind keine pro-palästinensische Demonstrationen, das ist ein komplett falsches Framing. Wer den



Altstadt von Jerusalem (© Cole Keister, unsplash)

Palästinensern helfen will, muss ihnen helfen, die Hamas loszuwerden. Wir haben es hier mit einer Terror-Organisation zu tun. Und ich glaube, es ist immer noch nicht richtig angekommen in den Köpfen hierzulande, worum es hier geht. Das ist kein weiterer Krieg. Das ist auch nicht ein Terror-Anschlag. Wir reden hier über eine andere Dimension (...). Wir reden darüber, als ob in Deutschland an einem Tag, an einem Terror-Anschlag über 12'000 Menschen getötet worden wären. Über 500 Kinder, Babys, nicht nur Kinder. Und wir reden über Grausamkeiten, die ich hier nicht mal beschreiben kann, geschweige denn, dass man sie sich anucken kann. Und wer dann noch der Meinung ist, diese Organisation weise hin auf Besatzungspolitik, auf Leid der Palästinenser – sei es auf der Strasse, sei es in der Regierungsverantwortung (...) oder auch in Redaktionsstuben: Da kann ich nur klar sagen, da ist jeglicher moralische Massstab verloren gegangen.

Sie haben im Internet recherchiert. (...) Was ist da zu lesen?

Da wird aufgerufen zu einer Reichspogromnacht gegen Juden in aller Welt. Und das zeigt sehr eindeutig, um was es geht. Es geht nicht um Israel. Kein Mensch kann doch ernsthaft glauben, dass die, die diesen Terrorüberfall gemacht haben, dieses Massaker, davon träumen, dass es eine Zweistaaten-Lösung gibt. Es geht hier nicht um Grenzverläufe. Es geht um die Vernichtung von Israel. Es geht um die Tötung von Juden weltweit. Das ist blanker Judenhas. Und jeder, der sich dem anschliesst unter der Überschrift «Freiheit für Palästina», der macht sich mitschuldig und das muss verfolgt werden.

Quelle: HR1, 13.10.2023 (Aufbereitung: Redaktion «Standpunkt»)

Esther Schapira ist freie Autorin und Moderatorin in Frankfurt am Main (DE). Sie war leitende Fernsehredaktorin bei der ARD und Kommentatorin der Tagesthemmen. Heute ist sie u.a. tätig als Filmemacherin und Autorin. Weitere Infos: www.experteninitiative-religionspolitik.de/autoren/esther-schapira



Die EDU steht an der Seite Israels

Die EDU Schweiz drückt ihre Solidarität mit Israel angesichts der Tragödie aus, die am 7. Oktober 2023 über das Land hereingebrochen ist. Wir verurteilen aufs Schärfste den brutalen Terroranschlag, der von bewaffneten Gruppen der Hamas mit Unterstützung der iranischen Hisbollah verübt wurde. Diese völlig inakzeptablen Handlungen stellen eine Aggression gegen ein befreundetes Land dar, das die EDU vorbehaltlos unterstützt.



Wir sind zutiefst betrübt über die unschuldigen israelischen Opfer, die Menschen, die brutal ermordet, verletzt oder sogar entführt wurden. Wir sprechen den trauernden Familien unser Beileid aus, wünschen den Verletzten eine schnelle Genesung und hoffen, dass die entführten Kinder, Frauen und Männer sofort unversehrt freigelassen werden. Wir beten, dass die israelische Regierung in dieser aussergewöhnlichen und dramatischen Situation für das Land die besten Entscheidungen trifft.

Mediendienst EDU Schweiz

Nach dem Massaker an Zivilisten in Israel – «Nie wieder» heisst «jetzt schon wieder»

Auszüge aus einem bewegenden Kommentar des Journalisten Godel Rosenberg auf audiatur-online.ch:

Generationen von Politikern aus aller Welt haben sich in Yad Vashem in Jerusalem, der grössten Holocaust-Gedenkstätte, mit den Worten verewigt: «Nie wieder». Damit wollten sie bekräftigen, dass es nie mehr ein Auschwitz, Treblinka oder Maidanek geben darf. Seit dem 7. Oktober 2023 weiss die Welt: «Jetzt schon wieder». 2'900 Hamas-Terroristen sind in den Süden Israel eingefallen und haben 1'400 Kinder, Frauen, Männer, Alte und Behinderte abgeschlachtet, einige davon wie Abfall verbrannt. Über 200 sind als Geiseln verschleppt.

Es gibt viele, die sich mit Israel in dieser schweren Stunde solidarisieren. Aber es gibt viele, viel zu viele, die das Massaker politisieren und damit relativieren. So, als ob Israel selbst schuld sei. Kein Volk auf unserem Planeten, nur Israel, muss sich eine Medien-Strategie zur Verteidigung von offenen und versteckten Vorwürfen einfallen lassen. Zu einem Zeitpunkt, als noch nicht einmal alle Ermordeten beerdigt sind. Medien-Experten der israelischen Verteidigungsarmee (IDF) haben sich beeilt zu beweisen, dass die Massaker vom 7. Oktober im Kibbutz Beerli oder in der Stadt Sderot nichts, aber auch gar nichts mit dem Nahost-Konflikt zu tun haben. Das Ziel der Hamas-Terroristen war Juden-Töten-um-des-Töten-Willens.

Die Medien-Experten haben Fotos, Videos, WhatsApp-Gespräche aus Dutzenden von Kameras und Mobiltelefonen kommentarlos aneinandergereiht, die die Terroristen am

Körper trugen. 200 Journalisten aus aller Welt wurden am 17. Kriegstag in Ramat Hasharon, nördlich von Tel Aviv, 40 Minuten lang mit den Bildern des Grauens konfrontiert. Einige weinten, viele waren sprachlos und hatten Schwierigkeiten, das Gesehene zu ihren Redaktionen zu transportieren.

Unendliche zwei Minuten lang ist ein WhatsApp-Gespräch eines Terroristen zu hören, der zu Hause in Gaza anruft, seine Familie am Morden teilhaben lassen will. «Mama, Mama», ruft er ins Telefon, «ich habe 10 Juden getötet, mit meinen Händen, Allahu Akbar».

Weitere Analysen und Kommentare zur Lage in Israel: www.audiatur-online.ch, Info-Portal der Audiatur-Stiftung



Blackout-Initiative: Die Schweiz darf nicht Deutschland folgen!

Die Schweizer Politik will mit der Energiestrategie und dem Klimagesetz unsere Stromversorgung auf den Kopf stellen. Der Blick über die Grenze nach Deutschland zeigt: Das wird nicht funktionieren. Hohe Energiepreise, gefährliche Abhängigkeit vom Ausland und ein schmutziger Strommix sind die fatalen Folgen. Die Schweiz darf nicht die gleichen Fehler wie Deutschland machen. Unterschreiben Sie deshalb noch heute die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)».

Vanessa Meury, Initiativkomitee und Präsidentin Energie Club Schweiz

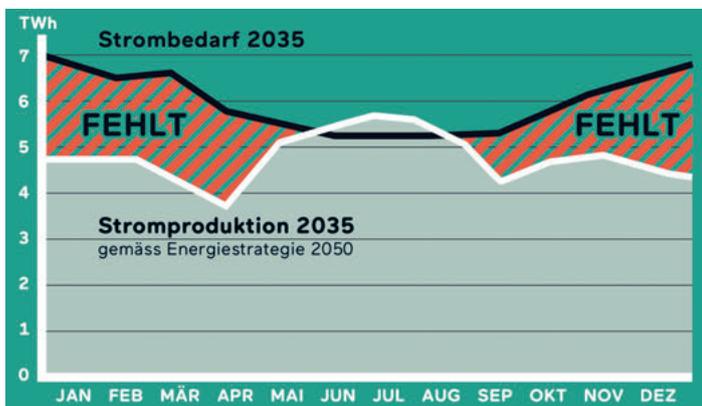
Parlament, Verwaltung und Strombranche haben sich unter der Führung der beiden ehemaligen Bundesrätinnen Doris Leuthard und Simonetta Sommaruga in eine Strom-Sackgasse verrannt. Versprochen wurde, dass ein Ausstieg aus der Kernkraft und eine klimaneutrale Schweiz problemlos möglich seien und nur 40 Franken kosten würden. Es wurde in der «Energiestrategie» sogar behauptet, dass der Stromverbrauch sinken werde.

Gefährliche Strommangellage droht

Die Schweiz produziert allerdings immer weniger Strom – gleichzeitig steigen Stromverbrauch und Strompreise. Mittlerweile droht sogar eine Strommangellage. Die Bevölkerung wird von der Landesregierung zum Stromsparen aufgerufen und es drohen Stromabschaltungen. Dabei warnt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, dass eine Strommangellage das gefährlichste Risiko für die Schweiz ist.

Politik verschlimmert die Situation

Anstatt das Problem zu lösen, forciert das Parlament den Ausbau von Windkraft und Solarenergie ganz massiv. Dazu wird die Verfassung ausgehebelt. Die lokale Bevölkerung hat bei Windkraft- und Solarprojekten nichts mehr zu sagen. Dafür fliessen hohe Subventio-



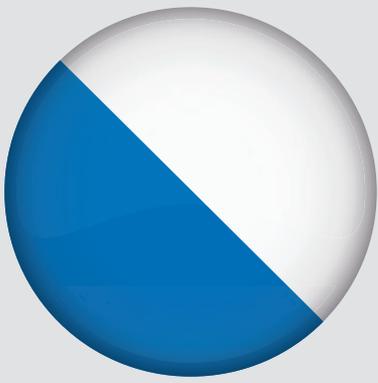
Die Schweiz produziert viel zu wenig Strom. Schon heute muss unser Land jeden Winter viel Strom importieren.

nen von bis zu 60 % der Investitionen. Bezahlt wird das von den Stromkonsumenten durch immer höhere Stromkosten. Besonders ärgerlich ist, dass weder Windkraft noch Solarenergie zu mehr Versorgungssicherheit führen. Deutschland zeigt das klar. Viele hundert Milliarden Euro wurden in Solar- und Windenergie investiert. Die Kernkraftwerke wurden abgestellt. Resultat: Noch nie war die Versorgungssicherheit schlechter, die Strompreise höher und der Strom klimaschädlicher. Inzwischen sind die Strompreise so hoch, dass die Unternehmen Deutschland verlassen.

«Blackout-Initiative»: Der Weg aus der Sackgasse

Die Schweiz hat mittlerweile Notfallkraftwerke, damit es im Winter nicht zum Blackout kommt. Betrieben werden sie mit Gas. Die Abhängigkeit vom Ausland steigt gefährlich, weil wir keine eigenen Gasspeicher haben. Bezahlen müssen die teuren Reservekraftwerke ebenfalls die Stromkonsumenten. Besonders störend: Während man der Bevölkerung Gas- und Ölheizungen aus Gründen des Klimaschutzes verbietet, verfeuert der Bund pro Stunde 70'000 Liter Öl, um Strom zu produzieren. Das führt den Klimaschutz ad absurdum. Dabei hatte unser Land den perfekten Strommix, bestehend aus 60 % Wasserkraft und 40 % Kernkraft. Wir hatten eine sichere, kostengünstige und klimaneutrale Stromversorgung. Die links-grüne Politik zerstört nun diesen erfolgreichen Strommix.

Jetzt braucht es einen Befreiungsschlag! Die Initiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» will endlich klare Verantwortlichkeiten für eine sichere Stromversorgung schaffen. Zudem will sie Offenheit gegenüber allen Technologien. Auch gegenüber der Kernkraft. Damit die Schweiz alle Stromproduktionsarten erfolgreich nutzen kann. Unterschreiben Sie, Ihre Familie und Freunde noch heute die Initiative. Sie finden einen vorfrankierten Unterschriftenbogen in dieser Ausgabe. Sie können den unterschriebenen Teil einfach abreißen und in den nächsten Briefkasten werfen. ●



KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten



Stefan Dollenmeier
Präsident EDU Kanton Zürich,
ehem. EDU-Kantonsrat und Fraktionschef, Rütli

Danket dem Herrn

Ja, da stimmen wir alle froh ein: Danket dem Herrn! Nach zwanzig Jahren hat der Herr der EDU im Kanton Zürich wieder einen Nationalratsstz geschenkt!

Hunderte Menschen haben sich dafür eingesetzt: Als Kandidaten, Vorstandsmitglieder, beim Aufstellen von Plakaten, in Gebetsgruppen, als Spender, Leserbriefschreiber, in den sozialen Medien und auf Strasseneinsätzen. Danke euch allen! Doch ohne Seinen Segen wäre das alles umsonst gewesen! Wir freuen uns sehr, dass wir mit Erich Vontobel



einen bekennenden, engagierten Christen in den Nationalrat entsenden können. Zusammen mit Andreas Gafner, der im Kanton Bern Gott sei Dank wiedergewählt wurde, bildet er ein Zweierteam, das dort, unter dem Kreuz auf dem Bundeshaus und «im Namen Gottes» politisieren wird. Gemeinsam haben wir den Wahlkampf bestritten; gemeinsam wollen wir die zwei EDU-Vertreter im Gebet unterstützen. Ganz so, wie es uns im zweiten Kapitel des ersten Timotheusbriefes ans Herz gelegt wird! ●

Mein Standpunkt



Johanna Feusi
Präsidentin EDU Bezirk Affoltern, Hausen am Albis

Gedanken aus meinem Gebets-Kämmerlein

Als Gebetswächterin spreche ich das aus, was Gott beabsichtigt; nicht die Worte der Massenmedien, die uns vorgeben wollen, was wir zu erwarten haben. Ich will das in Existenz rufen, was Gott sagt. Für diese Wahlen hat Gott schon länger gesagt, dass er einen Herrschaftswechsel geplant hat.

Gebet ist Austausch mit Gott, eine Audienz beim Allerhöchsten, der das ins Dasein ruft, was noch nicht ist, wie es in Römer 4,17 heisst. Im Gebet

mache ich mich also eins mit dem Himmel und rufe dem gleichen, dem Gott ruft. Es ist unsere ehrenvolle Aufgabe als Könige und Priester, mutig Gottes Ziel in den Fokus zu nehmen und seinen im Himmel beschlossenen Willen unter der Leitung des Heiligen Geistes auf die Erde zu holen. Wenn zwei von uns mit dem übereinstimmen, was Gott sagt, und gemeinsam darum bitten, soll es ihnen vom himmlischen Vater gegeben werden (Matthäus 18,19). ●



Dank und Freude



Nach 20 Jahren stellt die EDU Kanton Zürich dank der Listenverbindung wieder einen Nationalrat. Mit 9390 Stimmen wurde Kantonsrat Erich Vontobel in die Grosse Kammer nach Bern gewählt. Dieses historische Ereignis wurde mit Dankbarkeit gefeiert.



Daniel Suter

Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Parteipräsident Stefan Dollenmeier unterstrich in seiner Rede vor allem die Dankbarkeit, dass Gott den grossen Einsatz unserer Wahlkämpfer und Wahlhelfer mit einem Sitzgewinn gesegnet hat und zitierte passend aus Psalm 105: *«Dankt dem HERRN, ruft seinen Namen an! Verkündet seine Taten unter den Völkern! Singt für ihn, musiziert für ihn! Sprecht über alle seine Wunder! Rühmt seinen heiligen Namen! Von Herzen sollen sich alle freuen, die den HERRN suchen.»*

Diese Freude war spürbar, sichtbar und hörbar: Strahlende Gesichter, leuchtende Augen, zuversichtliche Gespräche, fröhliche Jauchzer. Da sich die Auszählung der Stimmen in einigen Stadtteilen von Zürich und Winterthur hinzog, war es erst zaghafte Vorfremde und schliesslich, als die Resultate den Sitzgewinn der EDU bestätigten, übersprudelnde, dankbare Freude über Gottes Geschenk.



Mit einem persönlichen Zuspruch wandte sich der Präsident an den Neugewählten:

«Du, HERR, bist ein Schild um mich her, meine Ehre, und der mein Haupt emporhebt. – Ich, der HERR, bin dein Gott. Ich ergreife deine rechte Hand und sage dir: Fürchte dich nicht, ich helfe dir!»

(Psalm 3,4 + Jesaja 41,13)

Die Bundeshausbeterin Annette Walder eröffnete mit einem Gebet für den Gewählten die Segnung des neuen EDU-Nationalrats, dem sich weitere Anwesende anschlossen. Auch für den Nachfolger von Erich Vontobel im Kantonsrat, Stadtparlamentarier Roger Cadonau aus Wetzikon, wurde gebetet sowie für dessen Nachfolgerin im Stadtparlament, Jana Cadonau. Sie alle nehmen die ihnen anvertraute Herausforderung mit der gleichen Überzeugung wahr: An Gottes Segen ist alles gelegen.

In seiner Rede sprach der neue EDU-Nationalrat über die Freude, dass die Partei nach zwanzig Jahren wieder in Bern vertreten sein wird. Er betonte, dass dieser Sitz durch den grossen Einsatz aller EDU-ler zustande gekommen ist und darum uns allen gehört. Seinen Dank richtete er an Gott, die Kandidaten auf den beiden EDU-Listen 9 und 35, die Ehefrauen, Ehemänner und Freunde, an den Parteipräsidenten für dessen Weisheit und klaren Kurs, an die Beter und Spender und an die Partner in der Listenverbindung. Aufrecht, Mass-voll, Schweizer Demokraten und EDU haben diesen Sitz gemeinsam erkämpft. Weil die EDU 0.38 % stärker war als Aufrecht, ging der Sitz an uns. Seinen Auftrag in Bern sieht Erich darin, die bekannten Anliegen der EDU sowie die der Listenpartner zu vertreten. Laut Vontobel stärkt der heutige Wahlsieg die EDU-Familie in Zürich und weckt die berechnete Hoffnung, dass wir bei den Kantonsratswahlen 2027 wieder Fraktionsstärke erreichen.

Vertretungen der Listenverbindungspartner überbrachten Gratulationen ihrer Parteien. Und zum Schluss wurden die Kandidaten mit den besten Resultaten mit der besten Schweizer Schokolade geehrt. Auch für alle Gäste gab es zur allgemeinen Freude ein leckeres Säckli mit FrischSchoggi oder Pralinen. ●



«Deus vult» Gott wollte es so

Einige Wahlstrategien führten zum Erfolg, andere nicht. Die Strategie der EDU ging auf. Nun können sich der Berner Andreas Gafner und der Zürcher Erich Vontobel gemeinsam für die Anliegen der EDU einsetzen.



Jan Leitz

stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Wir erinnern uns an Fukushima 2011, den arabischen Frühling 2015 und die Grüne Welle 2019. Bei den letzten Wahlen haben immer grössere Ereignisse kurz vor den Wahlen das Wahlresultat auf die eine oder andere Seite beeinflusst.

Auch dieses Jahr hatten wir einen Themen-Schwerpunkte-Krieg. Die Grünen wollten Stimmen machen mit dem Weltuntergangsszenario, die SVP mit Migration. Diese Bemühungen wurden vom Israel-Effekt überschattet. Während dieser vor allem die bürgerlichen Anliegen unterstrich, wurde die links-grüne Seite mit ihrem kruden Verhältnis zum Islam und zur Hamas entlarvt.

Wahlstrategie der EDU

Es hat sich erwiesen, dass die EDU die richtige Strategie gewählt hat, indem sie mit Aufrecht, Mass-voll und Schweizer Demokraten eine Listenverbindung (LV) eingegangen ist. Nur mit der Listenverbindung war überhaupt ein Sitz möglich. Mass-voll mit 0.65% und Aufrecht mit 1.11% hätten zusammen 1.76% erreicht und somit keinen Sitz geholt. Nötig sind 2.7%. Auch wir hätten mit 1.49% allein keinen Sitz erreicht; es brauchte alle Partner.

Vielleicht hätte es der LV ohne Mass-voll knapp für einen Sitz gereicht – vielleicht aber auch knapp nicht. Daher war es richtig, dass wir alle aus der Bewegung für diesen Wahlkampf einen konnten. Wir wollen weiter mit unseren Listenpartnern zusammenarbeiten und die Anliegen der massnahmenkritischen Bewegung ins Parlament tragen.

Erfolgsgarantie?

Was führt letztlich zum Wahlerfolg? Die Grünen erhielten eine Millionen-Spende, wurden aber zur Wahlverlierern. Die SVP war überall auf öffentlichem Grund dauerpräsent – und konnte gerade ihre zehn Zürcher Sitze halten. Mass-voll führte einen intensiven Wahlkampf mit neuen und bewährten

Mitteln und Nicolas Rimoldi war unübersehbar. Er holte mit 10'398 die meisten Stimmen aller Spitzenkandidaten der LV; doch die grosse Überraschung blieb aus. Aufrecht wurde vergleichsweise wenig wahrgenommen und schaffte knapp die 1%-Hürde – wohl nicht zuletzt dank der soliden Basisarbeit beim Aufbau der Partei. Die EVP wählte den (fast) Alleingang. Ihre LV mit beachtlichen neun Listen erreichte nur gerade 0.53% mehr Wähleranteil als die LV der EDU und erzielte insgesamt 3.87%, was nicht für zwei Sitze reichte. Ihre drei eigenen Listen verloren fast ein halbes Prozent und sicherten mit 2.84% knapp den bisherigen Sitz.

Und die EDU?

2019 büsste die EDU 0.45% Stimmenanteil ein, diesmal mit 0.12% deutlich weniger. «Konkurrenz belebt das Geschäft» liesse sich hier sagen. Die Konkurrenz durch ähnlich starke Parteien wie Mass-voll und Aufrecht und die Aussicht, dass wir den Sitz der LV zu uns holen können, spornte uns alle enorm an. So haben wir nach dem harten Wahlkampf bei den Kantonsratswahlen nochmals einen riesigen Efort geleistet und dadurch knapp 600 neue Wähler gewonnen.

Fazit

Nun gilt es den Schwung zu nutzen, die Einheit zu stärken, die Basis auszubauen und Nachwuchstalente zu fördern. Getreu dem Motto «nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf» wollen wir öffentlich präsent bleiben und unsere Kernthemen stetig vertreten. Die Zusammenarbeit mit Partnern wollen wir intensivieren, damit in vier Jahren wieder eine aussichtsreiche LV geschlossen werden kann. Geld, Dauerpräsenz oder Alleingänge garantieren keinen Erfolg. Man kann viel werweissen, doch am Ende aller Analysen und Prognosen, bleibt nur die einfache Tatsache: Deus vult. ●



Zeichen für die Meinungs- äusserungsfreiheit

Für Schäden und Polizeieinsätze wegen unbewilligter Demonstrationen, etwa «Nachdemonstrationen» am 1. Mai, sollen künftig die Verursacher aufkommen. Das verlangt die «Anti-Chaoten-Initiative». Erich Vontobel plädierte im Kantonsrat für Meinungsfreiheit und friedliche Demos.



Erich Vontobel

EDU-Kantonsrat, Wolfhausen

«Wir hier in diesem Rat sind nicht nur Vertreterinnen und Vertreter unseres Kantons, sondern auch Verfechter einer der fundamentalsten Säulen unserer Demokratie: der Meinungsäusserungsfreiheit. Der «Marsch fürs Läbe» (Demonstration von Abtreibungsgegnern) ist nur ein Beispiel dafür, wie diese Freiheit, diese Grundlage unseres Miteinanders, immer wieder aufs Neue bedroht wird. Ein friedlicher Marsch, der durch das demokratische Recht auf Versammlung und Meinungsäusserung legitimiert ist, wird von gewaltbereiten Gegnern bedroht, sodass die friedlichen Demonstranten von massiven Polizeieinsätzen geschützt werden müssen. Das ist nicht der Sinn einer freien Gesellschaft. Es ist und bleibt ein Rätsel, wie man zu der Ansicht gelangen kann, dass das Versprühen von Säure, das Anzünden von Containern und das physische Bedrohen, wenn sogar Kinder anwesend sind, irgendwie als legitimer Protest angesehen werden kann.

Zeichen für Meinungsfreiheit

Dieses Verhalten ist nicht nur absolut verwerflich, es ist zutiefst demokratiefeindlich. Dass Meinungsäusserungsfreiheit nicht nur für eine von Linksgrün definierte Meinungsbandbreite gilt, sollte selbstverständlich sein. Jeder Bürger und jede Bürgerin unseres Kantons müssen das Recht haben, ihre Meinung friedlich und ohne Angst vor Gewalt äussern zu dürfen. Wenn wir diesen Ausschreitungen kein Ende setzen, machen wir uns mitschuldig an einer Atmosphäre, in der Minderheiten, in diesem Fall Abtreibungsgegner, diskriminiert und tötlich angegriffen werden. Es gibt Handlungsbedarf. Das stellt der «Marsch fürs Läbe» in Oerlikon leider einmal mehr – hören Sie es: einmal mehr – unter Beweis. Wenn wir das hier und heute nicht anerkennen, dann geben wir dem Hass und der Gewalt gegenüber jenen, die ihre Meinung friedlich äussern wollen, freie Bahn.

Ich bitte Sie, dieser «Anti-Chaoten-Initiative» zuzustimmen. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen, dass in unserem Kanton Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Demonstration unantastbar sind.»

Der Kantonsrat lehnte die Initiative mit 93 zu 78 Stimmen ab. Demgegenüber stimmte die Mehrheit mit 115 zu 55 Stimmen dem Gegenvorschlag zur «Anti-Chaoten-Initiative» zu. Dieser will zerstörungswütige Demonstranten und Aktivisten zur Kasse bitten: Die Rechnung «für ausserordentliche Polizeieinsätze» soll künftig zwingend an die Verursacher geschickt werden, sofern diese «vorsätzlich gehandelt haben». Das letzte Wort hat nun das Stimmvolk. ●





Blick in den Abgrund

Zwei sehr tiefgehende, ernste Themen wurden Ende August in zwei Vorträgen in der Stadtbibliothek Uster angesprochen. Rund 30 Interessierte folgten der Einladung der EDU Uster.



Christian Bosshard
Vorstand EDU Uster

Im ersten Referat «Menschenhandel in der Schweiz» informierte uns Samuel Kullmann, EDU Grossrat im Kanton Bern, auf eindruckliche Weise über die oft vernachlässigte, aber in der Realität auch heute noch weitverbreitete Dramatik des Menschenhandels. In der Schweiz sind schätzungsweise 10'000 – 15'000 Opfer betroffen. Ein grosser Teil davon ist im Umfeld der Prostitution angesiedelt. Dies, obwohl das «Anwerben, Anbieten, Verbringen, Vermitteln, Beherbergen oder Annehmen von Menschen zum Zweck der Ausbeutung» international und in der Schweiz gemäss Art 182 StGB unter Strafe gestellt ist. Nur wenige Fälle werden verfolgt und enden in Gerichtsurteilen. Der Kampf gegen das schreiende Unrecht des Menschenhandels ist ein zutiefst christliches Anliegen, dem sich bereits der Engländer William Wilberforce im Widerstand gegen die Sklaverei Ende des 18. Jahrhunderts verschrieben hat.

Modernen Sklavenhandel bekämpfen

Samuel Kullmann möchte den neuzeitlichen Menschenhandel, eigentlich die moderne Sklaverei, konkret in die politische Debatte einbringen. Dazu will er die Not der Opfer thematisieren und Lösungswege aufzeigen. Wir erfahren, dass das 1998 in Schweden eingeführte «Nordische Modell» zur Eindämmung der illegalen Prostitution ein hoffnungsvoller Weg ist. Denn mit diesem Gesetz werden nicht die Opfer (Frauen) kriminalisiert, sondern die Käufer (Freier) machen sich strafbar. Die EDU ist die Partei der Schweiz, die sich am deutlichsten für Massnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution einsetzt. In politischen Vorstössen fordert Kullmann unter anderem mehr Ressourcen für Strafverfolgungsbehörden und eine stärkere Kooperation mit der Zivilgesellschaft in der Bekämpfung des Menschenhandels. Fritz Bamert, EDU-Mitglied aus Gutenswil, präsen-

tiert den zweiten Schwerpunkt des Abends. Als Präsident des Vereins CARA informiert er uns aus erster Hand über ein Tabu-Thema: Organisierte rituelle Gewalt (ORG). Der Verein dokumentiert

«Die EDU ist die Partei der Schweiz, die sich am deutlichsten für Massnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution einsetzt.»

—
Samuel Kullmann
EDU-Grossrat im Kanton Bern

klar: der systematische Missbrauch, besonders von Kindern innerhalb von Familienstrukturen und sozial isolierten (okkulten) Gruppen ist kein Einzelfall. ORG findet auch in der Schweiz statt, in unserem Umfeld. Die Schilderungen von Opfern, ihre Leidenswege und die gewaltsamen psychischen, physischen und immer auch sexuellen Misshandlungen sind extrem erschütternd. Durch raffiniert koordinierte Bindung, Druckausübung und Verschleierung ist es fast unmöglich, die Täternetzwerke zu identifizieren und offenzulegen. Der Verein CARA möchte die Aufklärung und Sensibilisierung über organisierte rituelle Gewalt fördern. Dabei ist die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Fachleuten sowie die Unterstützung und Begleitung Betroffener und ihrer Angehörigen unerlässlich. Auf die Frage, was wir als Christen gegenüber dieser Not tun können, lautet die Antwort: Mit offenen Augen und Ohren unseren Mitmenschen begegnen – und beten.

Infos: www.verein-cara.ch ●

Transgender-Wahn verführt unsere Töchter

Unsere Kantonsräte haben beim Regierungsrat nachgefragt, wie dieser gedenkt, unsere Töchter vor Gender-Indoktrination und Selbstverstümmelung zu schützen.



Jan Leitz

stellvertretender Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Die Zahl junger Frauen, die sich pubertätshemmende Medikamente verschreiben lassen, Testosteron einnehmen und sich ihre Brüste entfernen lassen, wächst. Sie betreiben eine Form von Selbstverstümmelung. Aus dieser Sorge wandten sich unsere Kantonsräte Thomas Lamprecht, Hans Egli und Erich Vontobel mit Fragen an den Regierungsrat. Aus der Antwort der Gesundheitsdirektion geht deutlich hervor, wie falsch wir liegen und wie wir gefälligst zu denken haben. Die Antwort zeigt eine klare Tendenz in der Darstellung und Bewertung von Geschlechtsdysphorie und geschlechtsangleichende Massnahmen. Hier einige Beispiele:

1. Betonung der richtigen Verwendung von Begrifflichkeiten

Schon im ersten Absatz werden unsere Kantonsräte von der regierungsrätlichen Sprachpolizei «korrigiert»: Es wird erklärt, dass der Begriff «Geschlechtsumwandlung» falsch sei, weil damit suggeriert wird, dass etwas verändert werden muss. Richtig sei «Geschlechtsangleichung» weil man ja eben tatsächlich keine Frau ist, wenn man meint, ein Mann zu sein – darum ist es eine «Angleichung», wenn man sich zum Mann umoperieren lässt. Dann wird erklärt, dass der Begriff «Geschlechtsdysphorie» falsch verwendet wird. Denn: Wenn man sich als anderes Geschlecht fühlt, als man ist, ist das lediglich «Genderinkongruenz» – was ja schliesslich normal sei. Von «Geschlechtsdysphorie» darf erst gesprochen werden, wenn durch die Genderinkongruenz ein mehr oder weniger ausgeprägter Leidensdruck entsteht. Und damit folgt das nächste Dilemma «unserer Einfältigkeit»: Um das alles zu begreifen und richtig einordnen zu können, bedarf es «Experten». In Zürich heissen sie «Fachstelle Geschlechtsinkongruenz der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich». Nur sie sind gemäss Gesundheitsdirektion in der Lage, richtig beurteilen zu können,

was man/frau tatsächlich ist. Eine spätere Umentscheidung (vgl. 2.) ist dabei ausgeschlossen. Da stellt sich natürlich die Frage, was Leute mit dem «Gender-Fluid-Syndrom» davon halten.

2. Betonung der Seltenheit von Retransition

Die Antwort der Gesundheitsdirektion betont die Seltenheit von Retransitionen (Rückgängigmachung einer Geschlechtsumwandlung) und legt nahe, dass diese fast ausschliesslich auf medizinische Gründe zurückzuführen sind. Sie betont dabei, dass dies der einzige denkbare Grund für eine Retransition sei und, dass es UNDENKBAR sei, dass die Entscheidung, eine «Geschlechtsangleichung» vorzunehmen, falsch gewesen sein könnte.

Tatsächlich? «So än Seich!» Man muss kein Recherche-Meister sein, um mit Suchmaschinen tausende Berichte von Retransitionen zu finden, welche genau das berichten, was wir befürchten: Die Betroffenen wurden in der emotional schwächsten Phase des Lebens indoktriniert und machten dann etwas, was von den Massenmedien und Meinungsbildnern als «normal» beurteilt wurde – um dann später festzustellen, dass damit das eigene Leben völlig zerstört wurde.

3. Betonung der Individualität

Weiter fällt an der regierungsrätlichen Antwort auf, dass, wann immer es konkret werden soll, er die «Individualität der Behandlung» betont – nur um damit keine klare Antwort geben zu müssen. Ausserdem variieren die Eingriffe von leicht bis «einschliesslich geschlechtsangleichender Operation». Somit kann natürlich alles ganz schön relativiert werden – im Stil von: «Tu' doch nicht so. Es geht ja nur um ganz wenige und auch dort wiederum nur um ganz wenig». Dass sich die Zahlen in den letzten 5 Jahren ver-23-facht (!) haben, hat dabei natürlich nichts mit Indoktrination zu tun,



«Die Betroffenen wurden in der emotional schwächsten Phase des Lebens indoktriniert und machten dann etwas, was von den Massenmedien und Meinungsbildnern als «normal» beurteilt wurde...»

Jan Leitz, stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

sondern nur mit «besserer Aufklärung», «breiterer Akzeptanz und zunehmender Sichtbarkeit sowie Fortschritt in der medizinischen Behandlung».

4. Betonung der Expertise

Das Wohlergehen der betroffenen Kinder und Jugendlichen stehe im Vordergrund, betont die Gesundheitsdirektorin. Alle Diagnostik und Therapie werde in allen Fällen von professionellen und erfahrenen Therapeuten durchgeführt, und die orientierten sich an internationalen Studien und Leitlinien. Gleichzeitig wird alles so individuell bewertet und die einmal von Experten festgestellte Genderidentität ist dabei natürlich – gerade aufgrund dieser individuellen Gründlichkeit – die einzig richtige Wahrheit. Im gleichen Atemzug schreibt die Gesundheitsdirektion allerdings: «Minderjährige Personen entwickeln und identifizieren ihre Geschlechtsidentität erst in der Adoleszenz [...] bei vielen wird im Laufe der Zeit eine Abschwächung einer zuvor festgestellten Geschlechtsidentität beobachtet».

Wie jetzt? Ist die Geschlechtsidentität nun fix, fluid, wächst man hinein oder heraus? Und wenn dem so ist, haben wir dann nicht eben doch Recht, dass die Indoktrination von Jugendlichen hinsichtlich ihrer Geschlechtsidentität Verführung ist?

Die gesamte Antwort der Gesundheitsdirektion ist eine reine Übung in Wortakrobatik, um einen Trend wahrzureden, der unwahrer nicht sein könnte. Aber einer Regierungsrätin, die Ungeimpften medizinische Behandlung verweigern wollte, ist vieles zuzutrauen. ●

November 2023

Sonntag 19.11. 13.30h ICF Zürich, Hoffnigstrasse 1 8600 Dübendorf	Donnerstag 23.11. 19.30h Christliches Zentrum Silbern Riedstrasse 3 8953 Dietikon
Sonntag 19.11. 19.30h EMK Klingenberg Hirtenstrasse 12 8508 Homburg TG	Freitag 24.11. 19.30h Pfimi Auerenhuus Auerenstrasse 10 8820 Wädenswil
Montag 20.11. 20.00h Vineyard Herisau Kasernenstr. 9A 9100 Herisau	Samstag 25.11. 10 & 14h Jugendhaus Seewis 7212 Seewis im Prättigau
Dienstag 21.11. 19.30h Pfimi Interlaken Eichzun 4C 3800 Unterseen	Sonntag 26.11. 10.00h Jugendhaus Seewis 7212 Seewis im Prättigau
Mittwoch 22.11. 19.30h Evangelische Mission Biel A.-Schoeni-Strasse 28 2503 Biel	Sonntag 26.11. 17.30h Gasthof Sunnebad Hinterbergstrasse 20 8499 Sternenberg

**Hauptthema: „UM ZIONS WILLEN – Lasst uns über Endzeit reden!“
...und: „Israel erwartet heute einen Messias, doch welchen?“**

Auskunft: Hans Eugster +41 78 703 8584



Geburtstage

«ICH WILL DEN HERRN LOBEN MEIN LEBEN LANG!»

PSALM 146,2

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern,
die im Oktober und November 2023
einen runden Geburtstag feiern:

OKTOBER

Stefan Meier-Reutimann
Hildegard Kägi
Monika Bodmer
Christiane Geske-Tornow
Sarah Rocha de Sousa

NOVEMBER

Leon-Henry Sevin
Urs Batt
Hans Gantenbein
Joachim Witzig
Peter Lamprecht
Samuel Schaub
Cécile Gwerder

Wahlen

STÄNDERATSWAHL

2. Wahlgang vom 19. November

Wählen Sie
GREGOR RUTZ,
um eine
rein links-grüne
Vertretung
unseres Kantons
zu vermeiden.



Gebetstreffen

- Bülach:** jeweils am 2.+4. Montag im Monat, 20 Uhr:
3. + 27. Nov. sowie 11. Dez.
Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfeler, 044 856 01 93
- Hausen a.A.:** letzter Donnerstag im Monat 19–21 Uhr
30. November
Gebetshaus, Rigiblickstr. 17, Hausen a. A.
Info: Johanna Feusi, 079 590 36 09
- Männedorf:** mittwochs von 9–10 Uhr (gerade Kalenderwochen)
1.+15.+29. Nov. sowie 13. Dez.
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43
- Rüti:** erster Donnerstag im Monat um 20 Uhr:
9. November und 7. Dezember
ETG Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
Info: Maya Gustavs, 055 240 73 53
- Tösstal:** zweiter Dienstag im Monat um 9:30 Uhr:
14. November, 12. Dezember
Hohmattring 23 F, 8488 Turbenthal
Info: Ruth Bättig, 052 385 22 72
- Uster:** letzter Donnerstag im Monat, 18:00–19:30 Uhr:
30. November
Gebetshaus, Buchhaldenweg 11, 8610 Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16
- Wädenswil:** zweiter Freitag im Monat um 19:30 Uhr:
10. November, 8. Dezember
Sennhus 4, 8820 Wädenswil
Info: Berti Stocker, 044 781 20 42
- Zürich:** zweiter Mittwoch im Monat, 17:30–18:30 Uhr:
8. November, 13. Dezember
Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, 2. Stock, 8001 Zürich
Info: Thérèse Nyffenegger, therese-m@bluewin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Fr. 212'160.-
Budget

Es fehlen:
Fr. 116'907.-

Fr. 95'253.-
Spenden

Spenden von Januar bis September 2023

!! Dringend: Nach den gewonnenen Nationalratswahlen, wo wir
alles gegeben und ausgegeben haben sind wir dringend auf Ihre
grosszügige Unterstützung angewiesen. Bitte überweisen Sie Ihre
Spende direkt auf **IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6** oder über
diesen QR-Code:



Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen ab-
zugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000.
Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie
im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen?
Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger:
044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Impressum

EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto
Redaktion
Gestaltung
Bilder

IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6
Daniel Suter, Jan Leitz
Luciano Pangari
Seite 4: tagi.ch; pixabay.com

Gefährdet das BAG Menschenleben?

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit seinen 700 Mitarbeitern ist nicht bereit, den Auswirkungen der Covid-19-«Impfungen» nachzugehen. Man hält an widerlegten Behauptungen fest. Damit gefährdet und opfert das BAG Menschenleben. Eine ehrliche Aufarbeitung der Corona-Massnahmen bleibt dringend.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen



Es müsste allen Menschen klar geworden sein, dass die «Impfungen» gegen Covid-19 nicht vor Ansteckung schützen und neben diversen gesundheitlichen Schäden sogar zu Übersterblichkeit, mehr Aborten, Totgeburten und – auch wegen herabgesetzter Fruchtbarkeit – zu weniger Geburten geführt haben. Es gibt schlicht keine anderen plausiblen Gründe. Trotzdem empfiehlt das BAG seit Anfang Oktober erneut die «Impfung» für Personen über 65 Jahre, Personen mit Vorerkrankungen, Personen mit Trisomie 21 sowie Schwangeren mit erhöhtem Risiko. Dabei wurde die Impfpflicht für gesunde Schwangere nicht zurückgezogen und es wird weiterhin behauptet, die Impfung sei sicher. Eigentlich stellt sich die Frage, ob eine «Impfung», die schon für Gesunde nicht sicher ist, Vulnerablen zugemutet werden kann.

Falsche Behauptungen

Die Empfehlung des BAG stützt sich gemäss Aletheia auf eine einzige Studie vom April 2021, die klar als vorläufige Beurteilung deklariert war. Die darin gemachten Schlussfolgerungen hätten nie akzeptiert und publiziert werden dürfen. Es muss doch zu denken geben, dass sich die angebliche Sicherheit der «Impfung» auf 712 Lebendgeburten bei 115 Schwangerschaftsverlusten stützt. Zudem sei der Ausgang der Schwangerschaft bei 79 Prozent der Studienteilnehmerinnen unbekannt! Trotzdem stützt sich das BAG bis heute in seiner Sicherheitsaussage auf diese einzige «Studie» ab. Kann man so einem Amt noch vertrauen? Auch ein vom BAG behauptetes erhöhtes Risiko für Schwangere bei einer Erkrankung an Covid-19 hielt einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Eine Metastudie vom Sommer 2020 zeigte auf, dass an Covid-19 erkrankte Schwangere kein erhöhtes Sterberisiko hatten. Die um nur knappe 6 % vermehrte Einweisung auf eine Intensivstation (gegenüber nicht schwangeren Frauen) könne auf eine erhöhte Vorsicht bei der Behandlung von Schwangeren zurückgeführt werden.

Verbrecherische Geheimhaltungen

Freigegebene Zulassungsdokumente aus den USA vor 16 Monaten haben gemäss Aletheia deutlich aufgezeigt, weshalb es keine weiteren Studien gibt: Die hohe Zahl von Schwangerschaftsverlusten aus den Zulassungsstudien waren Pfizer und der Zulassungsbehörde

FDA bekannt. Sie hatten wohl deshalb versucht, diese und andere Gesundheitsrisiken per Gerichtssentscheid für 55 Jahre vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Pfizer und Moderna haben auch zugegeben, dass es keine Daten zur Sicherheit der «Impfstoffe» für Stillende, Immungeschwächte, zur Fruchtbarkeit und zu Wechselwirkungen mit Medikamenten gibt. Trotzdem versucht das nachweislich über die Datenlücken informierte BAG eine nichtexistente Sicherheit vorzutäuschen.

Diese Vorgänge zeigen, wie gefährlich es ist, wenn Medien und Wissenschaftler zu Handlangern der Politik werden. Es braucht einen gleichwertigen Zugang zu verschiedenen Informationen. Zensur macht erst recht solche Irreführungen und Menschenopfer möglich. Was muss noch geschehen, bis Schuldeingeständnisse und Korrekturen möglich werden? ●

ALETHEIA wurde im Sommer 2020 von praktizierenden Ärztinnen und Ärzten sowie Wissenschaftlern gegründet. Inzwischen vereint ALETHEIA über 13'000 Menschen aus Medizin, Wissenschaft, Pflege, Therapie und Recht sowie Menschen, die sich mit den Zielen von ALETHEIA identifizieren und sich zu diesem Zweck vernetzen möchten.

www.aletheia-scimed.ch



Bewaffneter Widerstand

«Da kann man nur noch beten!», rufen wir manchmal aus, wenn wir vor einer verfahrenen Situation stehen. Aber ist das «nur» in diesem Ausspruch berechtigt?



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Verfahrenere Situationen

Die politische Lage ist voller verfahrenere Situationen. Wenn falsche Strategien über Jahre verfolgt werden, landet man irgendwann in der Sackgasse. Die bisherige Migrationspolitik hat zu erhöhter Kriminalität, Belastung der Sozialwerke, Missständen in Schulen usw. geführt. Die Gesundheitskosten stiegen jedes Jahr immer «nur» um ca. 2,6 %, die Prämien aber bis zu 6 %; statt letzteren Einhalt zu gebieten, will man die «Kosten deckeln» und gefährdet damit das Funktionieren des gesamten Gesundheitswesens. Mit rigorosen Eingriffen in die Energieversorgung will man die «Klimakrise» beenden (deren Existenz noch nicht einmal bewiesen ist).

Die Ohnmacht des Bürgers

Folgen solcher Politik sind im Alltag zu spüren: Wohnungsnot, fehlende Spitalbetten, hohe Krankenkassenprämien, politisch motivierte Internetzensur, existenzgefährdende Energiepreise... All dies betrifft die Gesellschaft als Ganzes – und Einzelne im Besonderen. Dennoch scheint sich kaum jemand zu wehren. Ohnmachtsgefühle und Resignation hindern dringend nötige Proteste ebenso wie das Engagement für das Gemeinwohl.

Politische «Waffen»

Noch gibt es in der Schweiz politische Möglichkeiten der Einflussnahme, auch für eine kleine Partei wie die EDU. Gelegentlich gelingen unerwartet grosse Würfe (wie die Minarett-Initiative), auf der anderen Seite können christliche Anliegen am Mehrheitsentscheid scheitern. Die Herausforde-

rungen sind gross, die menschlichen Möglichkeiten begrenzt. Waffen im irdischen Sinn gehören nicht dazu; der Titel dieses Artikels ist denn auch bewusst provokativ gewählt.

Geistliche Waffen

Unser Einsatz als christliche Partei hat stets das Wohl der Menschen zum Ziel. Unser Kampf ist niemals gegen Menschen: «Unser Kampf richtet sich nicht gegen Fleisch und Blut, sondern gegen die Herrschaften, gegen die Gewalten, gegen die Weltbeherrscher der Finsternis dieser Weltzeit, gegen die geistlichen Mächte der Bosheit in den himmlischen Bereichen» (Eph 6,11-12). «...obgleich wir im Fleisch wandeln, so kämpfen wir doch nicht nach Art des Fleisches; denn die Waffen unseres Kampfes sind nicht fleischlich, sondern mächtig durch Gott zur Zerstörung von Festungen, so dass wir Vernunftschlüsse zerstören und jede Höhe, die sich gegen die Erkenntnis Gottes erhebt, und jeden Gedanken gefangennehmen zum Gehorsam gegen Christus» (2Kor 10,3-5). In der Politik spielen Ideologien als (verkehrte) «Vernunftschlüsse» eine zentrale Rolle; als Christen können wir sie nicht nur durchschauen, sondern haben ihnen auch Wirksames entgegensetzen.

Wie mächtig diese Waffen Gottes sind, wurde mir neu bewusst, als ich im Buch von Rees Howells «Intercessor (Fürbitter)»* las, das eindrücklich zeigt, wie Gott in den Lauf der Weltgeschichte eingriff. Auch Daniel 9 handelt davon. Vom Geist Gottes geleitete Beter haben eine viel wichtigere Aufgabe als uns bewusst ist, und «Gebet und Flehen» sind Teil der Waffenrüstung Gottes.

Gott hat uns alle (nicht nur einzelne «Spezialisten») in den «bewaffneten Widerstand» im geistlichen Sinn gestellt; wir sind Teil des unsichtbaren Kampfes, ob wir das wollen oder nicht, ob es uns bewusst ist oder nicht. Gerüstet mit der ganzen Waffenrüstung Gottes können wir bestehen und alles gut ausrichten, was uns aufgetragen ist. ●

* Rees Howells INTERCESSOR, by Norman Grubb, 1934, neu aufgelegt 2015 durch Cornerstone Resources Pte Ltd, 11 East Coast Road, #02-22 The Odeon Katong, Singapore 428722, info@faithworks.com.sg, ISBN 978-1-01015-152-4



Staatsfinanzen sind ein Prüfstein für das neue Parlament

In Europa und auch der Schweiz hat sich die Finanz-Wetterlage massiv verschärft. Die kurzfristige und verantwortungslose Schönwetter-Politik der Null-Zins-Kredite und quasi Gratis-Geldschwemme der Europäischen Zentralbank hat unterdessen einem Leitzins von 4,5 % Platz gemacht, mit Zins-Tendenz nach oben.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Im Euroraum hat die EU unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron am 12. Februar 2021 eine kollektive Gemeinschaftsanleihe von 807 Milliarden Euro beschlossen und aufgelegt.

Daraus können auch die hochverschuldeten Euro-Länder, die selber am Kapitalmarkt weit höhere Zinsen zahlen müssten, Kredite zu relativ günstigen Bedingungen aufnehmen. Aber sie haften auch solidarisch für diese Schulden. Dieses Spiel funktioniert allerdings nur, solange Deutschland als Zahlungsgarant mit drin hängt. Steigt Deutschland aus diesem finanziellen Harakiri-Pakt aus, ist die Euro-Zone bankrott. Aufgrund der Schulden- und Zinsentwicklung hat sich der Zinsaufwand in Deutschlands Haushalt unter Führung der «Ampel-Koalition» von 2021 bis 2023 von 3,9 Mia. Euro auf 39,8 Mia. Euro verzehnfacht! Das hindert die Ampel-Koalition aber nicht, neue, nicht durch Einnahmen gedeckte jährliche Ausgaben von 2,4 Mia. Euro für eine Kindergrundversicherung für einkommensschwache Familien zu beschliessen, was die Staatsverschuldung weiter erhöht.

Verschärfte Schweizer Finanzlage

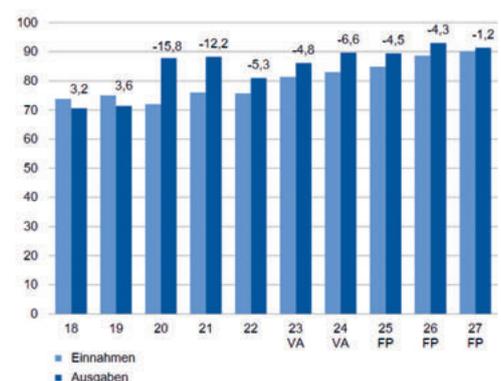
Auch in der Schweiz hat sich die Finanzsituation verschärft, resp. normalisiert. Die Nationalbank hat die Negativzins-Phase beendet und ebenfalls den Leitzins erhöht, was logischerweise Kredite und Hypotheken teurer macht, aber auch für Sparguthaben und Pensionskassenanlagen positive Auswirkungen hat. Die Negativzins-Zeit ist auch für den Bundeshaushalt vorbei. Das heisst: Schluss mit Bundesschulden, die noch Zinseinnahmen bewirken. Der Bund wird auf seinen Schulden wieder mehr Zinsen bezahlen müssen. Die Verschuldung des Bundeshaushalts stieg mit den Corona-Sonderausgaben auf rund 120 Mia. und wird das Budget massiv belasten. Das Budget 2024 sieht ein Finanzierungsdefizit von 6,6 Mia. vor, das hauptsächlich durch hohe Sonderausgaben verursacht wird. So fällt z. B. der AXPO-Rettungsschirm mit 4 Mia. ins Gewicht. Hier ist zu hoffen, dass diese Garantie nicht beansprucht werden muss. Das neue Parlament ist gefordert, die durch die überhöhten Strompreise generierten Gewinne angemessen zu Gunsten der

Bundeskasse abzuschöpfen. Der einmalige Kapitalzuschuss von 1,2 Mia. an die SBB sowie Asylbeiträge an die Kantone tragen ebenfalls mit ca. 1,2 Mia. zur Neuverschuldung bei. Die Aussichten des Finanzplans rechnen mit Milliarden-Defiziten für 2025 (-4,5 Mia.) und 2026 (-4,3 Mia.).

Umdenken angesagt

Das neue Parlament wird nicht darum herum kommen, seine Wünsche an den Staatshaushalt auf das absolut Notwendige zu reduzieren und Investitionen zeitlich zu staffeln. Obwohl die Verschuldungssituation der Schweiz verglichen mit dem Euro-Raum günstig aussieht, gestattet unsere Finanzlage keine «Nice to have»-Spielchen, sondern fordert Sparrunden. Prioritäten setzen und Zusammenraufen ist in der neuen Legislatur angesagt. ●

Finanzierungssaldo in Mrd. CHF



Vergleich Schuldenquote Schweiz und Euroraum



Quellen: Bundesamt für Statistik (Bfs)

Listen



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Meine «To-do-Liste» ist wieder einmal lang, sehr lang. Das Wort «Liste» fesselt mich. Ohne Listen läuft nichts in unserer Gesellschaft. Platz eins in meinem Alltag voller Listen nimmt die Einkaufsliste ein. Ohne das tägliche «Kömerle» wüsste ich nicht was anfangen mit dem lieben langen Tag ...

Kürzlich waren die Wahlen. Strassenränder und Plakatwände sind dick verschandelt mit lächelnden Gesichtern. Gerade verteilt der leidgeprüfte Briefträger die dicken schweren Wahlcouverts. Was, schon wieder vier Jahre vergangen? Höchste Zeit, endlich können wir wieder unser Parlament wählen. Dieses Mal aber die richtigen Leute! Ich höre noch die Stimme eines Freundes, der mir ganz verzweifelt klagte: *«Weisch Ruedi, mier wähle geng di Lätze, es chunnt nid guet use mit üsem schöne Land!»* Kein Kommentar ...

Eben, die Wahlcouverts. Ich stürze mich wie ein Adler im Sturzflug darauf. Mir verschlägt es die Sprache. Was für eine Papierflut, diese Masse von Parteienlisten mit Flyern, Informationen und Köpfen. 776 Personen auf 39 Listen möchten im Kanton Bern den Nationalrat erobern. Und wer nicht gleich neun Listen einreicht, kann einpacken. Die Wahlen treiben immer seltsamere Blüten, von der One-Man-Show bis zum überbordenden Listenfestival.

Wer sich noch keine Meinung gebildet hat, ist heillos überfordert von der schiereren Menge der wertigen Damen und Herren, welche nur Gutes im Sinn haben, mit Schlagwörtern um sich werfen und die Welt retten wollen. Die Unentschlossenen lassen das Wahlmaterial ungesehen im Altpapier verschwinden und denken: «Ihr könnt mich mal, nicht mit mir.» Die Wahlbeteiligung in Prozenten lässt grüssen ... Meine Wahl steht schon lange fest, aber ausnahmsweise nehme ich mir die Zeit und durchforste die ganze Listenlandschaft von A bis Z. Dabei kann ich mir ein «erfrischend kompetentes» Schmunzeln nicht verkneifen. Als «Best Ager» bin ich aber auch gehörig

«erchlüpft». Da lese ich von «viertklassigen Taugenichtsen, charakterlosen Feiglingen und dummen Schwätzern.» Leute, so nicht, das «Mass ist voll», das ist mass-los ungeheuerlich, einer Partei unwürdig. Sorry!

Die Wahlk(r)ämpfe werden immer erbitterter geführt, Mann gegen Mann, Frau gegen Frau, da wird gepoltert und «enand uf e Grind ggää», anstatt «mittenang statt gägenang». Wo bleiben da die «Aufrechten», welchen das Wohl unseres Vaterlandes ehrlich am Herzen liegt? Jede Partei weiss alles besser, nicht nur die «Grossen machen's». Aber wie beginnen? Alle sind machtlos, ratlos. Dabei steht in jedem Parteiprogramm etwas Brauchbares, vom «Veloständerproblem bis Klimaschutz». Liebe Politiker (auch Frauen), setzt Euch an den berühmten runden Tisch (kann auch eckig sein), redet miteinander, anständig und ganz «normalos». Bringt Eure Ideen ein und sucht Lösungen zum Wohle unseres Landes. Bleibt bescheiden und demütig und hört den andern zu. Wenn Ihr Euch zusammenrafft und einander mit Achtung begegnet, werdet Ihr Gutes schaffen und den schleichenden Untergang der noch christlich geprägten Eidgenossenschaft zu verhindern wissen. Steht zusammen, wie anno 1291 und wehrt den Kräften, die unser Land entzweien wollen.

Nun ist die ganze Aufregung vorbei. Haben wir richtig gewählt? Vertrauen wir auf unsere «Christlichen Werte – sie sind unsere Zukunft». Und beten wir vermehrt für unser Parlament! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Die EDU stösst offenbar auf wachsendes Interesse bei potenziellen Wählerinnen und Wählern. Wie der Internet-Konzern Google in seinen «Trends» publik machte, entfielen in der Woche vor dem Wahltag vom 22. Oktober rund 8 % aller Google-Suchanfragen, die Schweizer Parteien betroffen haben, auf die EDU. Die EDU liegt damit in etwa gleichauf mit der GLP und der Partei «Die Mitte». Zum Vergleich: Nur je rund 2 % aller Suchanfragen nach Schweizer Parteien entfielen auf die Grünen oder die EVP. Den Spitzenplatz belegt übrigens klar die SVP: Sie dominiert mit fast der Hälfte aller parteienbezogenen Google-Suchen in der Schweiz.



EDU TG: Initiiert von den Vertretern der EDU, haben im Oktober mehrere Kantonsräte unterschiedlicher Fraktionen eine dringliche Motion für eine Thurgauer Standesinitiative zuhanden des Bundesparlaments eingereicht. Damit soll vom Kanton Thurgau aus erreicht werden, dass die Fristen im Zusammenhang mit den «Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV)» und dem WHO-Pandemiepakt verkürzt werden. Ebenso soll der Bundesrat damit aufgefordert werden, gegenüber dem Generalsekretariat der WHO bis spätestens am 31. Dezember 2023 den Abbruch der Verhandlungen über die Anpassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) zu erklären. Die Motion im Wortlaut lesen Sie unter: www.edu-tg.ch

Petition «Nein zur WHO-Diktatur!»



Am 19. Oktober 2023 startete die EDU Schweiz eine neue Petition. Das Ziel: Jetzt Druck aus der Bevölkerung aufbauen, um den für 2024 geplanten WHO-Pandemiepakt zu verhindern. Dieses Vertragswerk sieht vor, drakonische Befugnisse zur Bekämpfung von allem, was als falsch oder irreführend angesehen wird, in die Verantwortung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu übergeben. Somit würden in einem der wichtigsten Bereiche der Gesellschaft die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht aufgehoben und Grundrechte stillschweigend beseitigt. Die an den Bundesrat gerichteten Forderungen der Petition: «Keine Unterzeichnung des WHO-Pandemievertrags! Wenn die WHO von der Schweiz die Unterzeichnung verlangt, ist der Austritt aus der WHO einzuleiten.» Die Petition können Sie unterschreiben auf: www.fuer-gerechtigkeit.ch

Hamis-Verherrlichung: Berner Uni-Dozent entlassen

Nach dem barbarischen Überfall der Hamas auf Menschen in Israel konnte ein Dozent des Instituts für Islamwissenschaften der Universität Bern in den sozialen Medien seine Freude kaum zurückhalten. Auf Arabisch schrieb er: «Danke an die palästinensischen Widerstandskämpfer für das beste Geschenk vor meinem Geburtstag ...» In einem weiteren Tweet überschrieb er ein Bild der Terroristen mit den zynischen Worten «Shabat Shalom» (Friede sei Sabbat). Interessanterweise erhielt er sogleich Rückendeckung von seiner Vorgesetzten, die gleichzeitig seine Ehefrau ist. Es ist schlicht unhaltbar, dass an Schweizer Universitäten Leute im Dienst sind, die solch menschenverachtendes Gedankengut vertreten! Nachdem mehrere Berner Grossräte mit einer Interpellation Druck ausgeübt haben und auch Medien kritisch berichteten, stellte die Universität den fragwürdigen Dozenten schliesslich frei. Immerhin.

Schockierend hohe Abtreibungszahlen

Laut Bundesamt für Statistik wurden im Jahr 2022 bei Frauen mit Wohnsitz in der Schweiz 11'341 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Aus offiziellen Quellen lässt sich herauslesen, dass in der Schweiz seit Einführung der Fristenregelung von 2004 bis 2022 rund 204'000 Kinder (mehr als der Kanton Graubünden Einwohner zählt) abgetrieben worden sind.

Gedanken zu Klimaklebern



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Wäre das Wort «Klimakleber» nicht schon derart propagandistisch verbreitet worden, so könnte man dabei durchaus an eine neue Erfindung denken. Zum Beispiel einen Kleber, der sowohl bei arktischen als auch bei tropischen Bedingungen gleichwohl seine Dienste täte.

Nun wissen wir, dass es sich nicht um den Kleber, sondern um ihre Anwender handelt. Beliebt sind dabei vor allem Objekte wie Strassen, Bilderrahmen, Tische, Stühle und Etliches mehr. Doch das Volk hat zunehmend die Nase voll von diesen Kleb-Fetischisten; so wurden sowohl im VW-Produktionswerk als auch bei «Weltklasse Zürich» dem zerstörerischen Aktivismus sofort der Stecker gezogen und die Leute kleb- und haftlos der Polizei übergeben. Über solche Einlagen schüttelt der ideologiefreie Bürger nur den Kopf, weil er über das Ausmass der sinnfreien Aktionen dermassen irritiert ist, dass er die eigentliche Motivation hinter den Taten gar nicht mehr wahrnehmen kann.

Das Anliegen dahinter wäre ja, einen Appell an die Politik und die Gesellschaft loszutreten, damit sie etwas gegen die Umweltbelastung unternehmen.

Dazu wären vielleicht kontradiktorische Diskussionen nützlicher als diktatorische Forderungen mit militanten Eigenschaften. Auch haben bisweilen noch nie Gewalt und Zerstörung fremden Eigentums zu friedlicher Konfliktlösung beigetragen. Und es scheint auch hier, dass viele dieser Aktivisten durch die tägliche mediale Propaganda instrumentalisiert und extremisiert werden und die ganze Thematik nicht einmal verinnerlicht haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass Klimakleber Tage später nach Bali, Mexiko oder wo auch immer hinfliegen.

Was aber in den letzten Jahren auffällt, ist der aufkommende religiöse, sektiererische Eifer in den Bewegungen (LGBTQ, Pandemie, Klima etc.). Er ist erkennbar an der Radikalität der Anhänger, am Missionseifer und am Ausschluss und der Verfolgung Andersgläubiger. Wer etwas hinterfragt oder kritisch denkt, wird verurteilt. Wenn sich heute z. B. jemand fragt, ob das Ende der Eiszeit auch menschenverursacht war, dann gilt er als Ketzer. Der Vorteil, den er gegenüber früher geniesst, ist, dass er wegen den CO2-Emissionen nicht auf dem Scheiterhaufen endet, sondern vorzugsweise medial, dafür klimaneutral hingerichtet wird. ●

«Weil ich es will»

In Zeiten, in denen Konversionstherapien immer mehr verboten werden, sprechen 39 Christinnen und Christen ein gigantisches Tabu an: Sie erleben ihre homosexuelle Orientierung als konfliktreich und entschlossen sich deswegen dazu, sie nicht offen auszuleben, sondern enthaltsam zu sein.

Das Werk bietet wichtige Differenzierungen wie die Unterscheidung von sexueller Identität, Fantasie, Verhalten und Orientierung (vgl. S. 19). «Im Kern wollen also diese Zeugnisse zeigen, wie man einen nicht-sexuellen Konflikt, der sich mit der Sexualität verbunden hat, lösen kann» (S. 26). Die Stärke des Buches besteht darin, dass die Autorinnen und Autoren die biblische Ethik vertreten, dass Sexualität nur in der Ehe zwischen Frau und Mann gelebt werden soll. Durchweg zeigt sich bei allen 39 Lebensgeschichten die Wichtigkeit professioneller Seelsorge und tiefer Freundschaften.

Die Lebensberichte motivieren dazu, homosexuell Empfindende in der Kirchenfamilie aufzunehmen, ohne bei der biblischen Ethik Abstriche zu machen:

«nicht eine strenge Moral und nicht Selbstablehnung [ist] die Lösung [...] – sondern das wachsende Vertrauen in die Liebe Gottes» (S. 320). Ein ideales Weihnachtsgeschenk! ●

Pfr. Michael Freiburghaus

Markus Hoffmann (Hg.). **Weil ich es will. Homosexualität – Wandlungen – Identität. 39 Lebensberichte.** Fontis, 2023. ISBN 978-3-03848-258-1, 424 Seiten.



Reda-Ausflug: Austausch mit der Stiftung CSI

Am Freitag, 20. Oktober lud die «Standpunkt»-Redaktion alle Schreiberinnen und Schreiber, sowie Funktionsträger der EDU zum diesjährigen Redaktions-Event ein. Auf dem Programm stand ein spannender Austausch mit leitenden Persönlichkeiten der Stiftung «Christian Solidarity International» (CSI) Schweiz.

Nach einem gemütlichen Apéro und einem feinen Mittagessen im Hotel Glockenhof fanden anregende Dialoge zwischen Exponenten der EDU und von CSI statt. Simon Brechbühl, Geschäftsführer von CSI, stellte die Geschichte, den Tätigkeitsbereich und die geistlichen Handlungsgrundlagen von CSI als christlicher Menschenrechtsorganisation vor. Bereits bei der Gründung 1977 und bis heute leitet CSI seine Berufung von zwei biblischen Texten und der UNO-Menschenrechtserklärung ab:

- «Wenn ein Teil des Körpers leidet, leiden alle anderen mit.» 1. Korinther 12,26
- Das Gleichnis des Barmherzigen Samariters: Luk 10, 25-37
- UNO-Menschenrechtserklärung, Artikel 18

Selina Biedermann, Mitglied der Geschäftsleitung, gab berührende Einblicke in die Projektarbeit, die von der Stiftung CSI weltweit geleistet wird. CSI ist in verschiedenen Ländern tätig und befasst sich unter anderem mit folgen-

den Themen: Verfolgte Christen, Genozid-Warnung, Religiöse Minderheiten, Sanktionen, Sklavenbefreiung, Menschenhandel, Binnen-/Flüchtlingshilfe, Not-/Katastrophenhilfe. Im Rahmen eines Interviews stellten sich Simon Brechbühl, Rolf Höneisen (Leiter Kommunikation & Marketing) und Selina Biedermann den Fragen von «Standpunkt»-Redaktionsleiter Anian Liebrand und des Publikums. ●

Redaktion «Standpunkt»



Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk Schaukarderei
Huttwil
- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen
www.kamele.ch 062 962 11 52



www.huwa.ch **Huwa** seit 1911

E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Mission Aviation Fellowship
MAF
maf-schweiz.ch

Ruedi Josuran:
«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

FABIAN WINIGER STEINMETZ- & BILDHAUERATELIER

- Grabmalkunst
- Renovationen
- Brunnen
- Marmor- /Natursteinböden
- Tische
- Skulpturen

Rütistrasse 47 | 8634 Hombrechtikon | 055 244 14 54
info@winiger-stein.ch | winiger-stein.ch

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.–, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. K: 079 607 12 07

VERMIETEN

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauszugang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

PARTNERSUCHE

Ich, 39-j., suche einen Mann mit einer lebendigen Beziehung zu Jesus, der Interesse hat, mit mir den elterlichen Kleinbetrieb (15 ha) im Thurgau zu übernehmen. Von Beruf bin ich Primarlehrerin. Ich bin eine fröhliche, motivierte und kreative Frau. Tel. 076 392 95 45

VERSCHENKEN

Vortrags-CD von Leo Janz: «Ein Verbrecher kommt zu Jesus!»**
Eine aussergewöhnliche, klar evangelistische Botschaft, umrahmt mit Solo von Hildor Janz und dem grossen Feldzugs-Chor! Sehr geeignet auch zum Weiterschicken! Sie dürfen deshalb gerne mehrere CDs bestellen! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE, Tel. 079 613 20 02, E-Mail: literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Silber, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetsreffen.ch>

4.11. 9.30 Uhr, Restaurant 5egg, Bahnhofstr. 33, 9230 **Flawil**: **Mitgliederversammlung der EDU Kreispartei Wil**. Anschliessend geben unsere EDU-Nationalratskandidaten ihre Erfahrungen weiter.

11.11. 9.30 Uhr Restaurant Rössli, Landstrasse 20, 9615 **Dietfurt**: **Mitgliederversammlung der EDU Toggenburg**. 11 Uhr: Patrick Jetzer stellt die Bewegung «Aufrecht» vor.

13./27.11. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

19.11. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

23.11. Dietikon: Donnerstag, 19.30 Uhr: **Israel-Abend mit Michael Schneider aus Israel**, Christliches Zentrum Silber, Riedstrasse 3.

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

10.–12.11. Frauenwochenende: «Raus aus dem Karussell der Erwartungen», mit Irene Hahn
13.11.–11.12. Online-Seminar (5 Abende): «Bedeutung des Evangeliums – Philipperbrief», mit David Warkentin
28.11.–1.12. Weiterbildung: «**Gemeindebau, Teil 2**», mit Jürg Wüthrich
K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Verein Sabatina Schweiz

«**Aus der Not in die Freiheit**» Sabatina im Einsatz für Opfer von Ehrgewalt in der Schweiz sowie für benachteiligte Kinder in Pakistan. Vortragsreihe mit Albert David, Pakistan und Sela Esslinger, Schweiz.
9.11. Bern: BewegungPlus, Pavillonweg 13
10.11. Zürich: Quartierchile, Zelgstrasse 25
11.11. Amriswil: Viva Kirche, Sandbreitestrasse 1
Start jeweils 19.30 Uhr. Eintritt frei. Kollekte. www.sabatina-schweiz.ch

Tagung Human Life International (HLI)

«**Gesundheitswesen: Mehr Ethik – weniger Kosten?**»

11.11. 14.30–18.30 Uhr, Saal Pfarrei Liebfrauen, Weinbergstrasse 36, Zürich:

Referate zu «**Impfung, Übersterblichkeit, sinkende Geburtenrate und Ausweg aus der Covid-Krise**», mit Prof. St. W. Hockertz, Prof. Konstantin Beck und Pfr. Dr. R. Graf. Anschliessend Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung. Keine Kosten, Anmeldung empfohlen: <https://t1p.de/hli-tagung-2023>
Infos: human-life.ch

Schweizerischer Bund Aktiver Protestanten

11.11. 10–12 und 14–16 Uhr, Hotel Bern, Tagungsraum 2. Stock, Zeughausgasse 9, Bern: **Reformations-tagung 2023** des Schweizerischen Bundes Aktiver Protestanten, CHBAP. Referent: Dr. theol. Roger Liebi. Tagungsthema: «Was sagt die Bibel über die Zukunft der Welt». Der Vorstand CHBAP freut sich auf Ihren Besuch.

FEG Schweiz

26.12.–2.1.2024 In Pradella, Adalboden und Les Diablerets **treffen sich seit vielen Jahren Jugendliche über Neujahr**, um ganz bewusst mit dem Segen Gottes ins neue Jahr zu starten. Schon viele lebensverändernde Entscheidungen wurden in einem solchen Lager getroffen. Gerne darfst auch Du dabei sein. K: www.neujahrslager.ch

FEG Schweiz

27.12.–2.1.2024 Seit sieben Jahren treffen sich Familien im **Familien-neujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zürüsten zu lassen. Auch Alleinerziehende und Singles sind herzlichst eingeladen. K: www.familien-nela.ch

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «**Marktplatz**»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»

Die Ausgabe 12/2023 wird am 20. November 2023 versandt.

Redaktionsschluss:
3. November 2023
Druck: 16. November 2023

Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
 Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock
 9 oben, 11, 12, : Adobe Stock
 3: Willu
 Kopfbilder, 2, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 14, 15,
 16, 17: zvg
 9 unten: Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ)

42. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 20 000 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Gedanken zur «Zweistaatenlösung»



Bethlehem, 2009 (Bild: Wikipedia)

Das ist die Stadt Bethlehem, die von Christen als Geburtsstadt Jesu verehrt wird. Bis 1995 bestand die Bevölkerung von Bethlehem zu 80 % aus Christen. In jenem Jahr wurde die Stadt aufgrund der Osloer Verträge mit den palästinensischen Terroristen der PLO-Verwaltung übergeben. Während der Anteil von Christen in Bethlehem im Jahr 2007 noch 22 % betrug, waren im Jahr 2017 weniger als 12 % der Bevölkerung christlich. Heute dürften weniger als 10 % der Bevölkerung der Stadt christlich sein. Juden leben in der Stadt, die einst von Juden gegründet wurde, längst keine mehr.

Diese Entwicklung gibt eine Vorahnung über die Beschaffenheit der sog. Zweistaatenlösung. Auf der einen Seite ist Israel. Multikulturell, multiethnisch, multireligiös mit einer jüdischen Mehrheit und weiterhin mit einer bestens integrierten arabisch-muslimischen Minderheit, von denen die wenigsten davon träumen, «Palästinenser» zu werden. Auf der anderen Seite wäre Palästina, ein Land für muslimische Araber, wo nicht einmal christliche Araber einen Platz haben. Juden? Machen Sie Scherze? Mit anderen Worten geht es darum, für eine arabisch-muslimische Bevölkerungsgruppe einen Staat zu errichten, wo arabische Muslime unter sich bleiben dürfen. Sie müssten diese «bösen Siedler» nicht erdulden. Mit anderen Worten geht es um eine homogene Gesellschaft, welche eine Zuwanderung und andere Glaubenskenntnisse nicht zulässt.

Ich habe mich schon immer gefragt, warum Menschen, die besonders «bunt», «multikulturell» und «divers» sein sollen, so etwas unterstützen. Die gleichen Kreise bezeichnen übrigens Europäer, die ebenfalls unter sich bleiben wollen und keine oder nur eine begrenzte Zuwanderung wünschen, als Nazis. Wenn ein Europäer die Multikulturalität ablehnt und kritisch gegenüber Zuwanderung ist, ist er also ein Nazi, während die palästinensischen Araber über ein heiliges Recht verfügen sollen, unter sich zu bleiben. Ich muss gestehen, dass ich diesen inneren Widerspruch nie verstehen werde.

Gedanken des Zürcher Rechtsanwalts Emrah Erken, geäußert auf «X», 13.10.2023.

Tagung: «Gesundheitswesen: Mehr Ethik – weniger Kosten?»



Shutterstock 225212289

abgehandelt am Beispiel der Corona-Zeit

Prof. Dr. oec. Konstantin Beck Gesundheitsökonom, Statistiker
Prof. Dr. med. Stefan W. Hockertz Immunologe, Pharmakologe und Toxikologe
Pfr. Dr. Roland Graf Moralthologie & Bioethiker
 Podiumsdiskussion mit den Referenten Moderation Giuseppe Gracia

Samstag, 11. November 2023 / 14:30 – 18:30 / Weinbergstrasse 36, 8006 Zürich
Grosser Saal Pfarrei Liebfrauen Details und Anmeldung: HLI-Schweiz / www.human-life.ch



FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch



Für mehr Lebensqualität.
RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch



RE/MAX

Immobilienmakler
 Nathanael Regez
 079 215 57 27
 n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung



Zusammen mehr. zubi.swiss



jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
 3110 münsingen | 031 721 62 27



fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

IDEA SPEZIAL

CHRISTEN-VERFOLGUNG

2023 | 2024

In dieser Ausgabe lesen Sie, wie Christen in verschiedenen Ländern aufgrund ihres Glaubens verfolgt, verhaftet und gefoltert werden. Zusätzlich zu den Berichten finden Sie auch hilfreiche Informationen darüber, wie man bedrängten Christen beistehen kann. Ein guter Anlass zum Verteilen sind die „Sonntage der verfolgten Kirche“ am 12. und 19. November 2023. Bestellen Sie darum gleich weitere Exemplare für Ihre Gemeinde, den Hauskreis, zum Weitergeben und Verschenken.

Jetzt vorbestellen
 Fr. 2.-/Stk + Porto

Die Sonderausgabe steht ab dem 8. November zur Verfügung.

ideaschweiz.ch/verfolgung



eljah Ihr Geschenk

Bruno Jordi
 079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Silber und Gold als Münzen und Granulat
 Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!
 Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

DIACONIA
 Internationale Hilfe
www.diaconia.org

Ihr unkomplizierter Werbefachmann:
 bezahlbar, fair und auf Augenhöhe

Anian Liebrand
 Geschäftsführer
 Firmeninhaber
 Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch
politagentur.ch
anianliebrand.ch

politagentur.ch
 Strategie - Planung - Umsetzung

HINE ADON
 HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

Aktion Weihnachtspäckli

Sammelschluss 25. November 2023
weihnachtspackli.ch

Aktion Weihnachtspäckli, Bodengasse 14, 3076 Worb
 IBAN CH74 0900 0000 3022 2249 0

Aktion Weihnachtspäckli

Beschenken Sie notleidende Menschen in Osteuropa. Packen Sie ein Päckli und geben Sie es bei einer der 500 Sammelstellen ab, Liste auf weihnachtspackli.ch

Machen Sie mit!

AVC avc-ch.org | **ostmission** ostmission.ch | **Christliche Ostmission**
HMK hmk-aem.ch | **licht im Osten** lio.ch